

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Samstag des Morgens nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung im Laufe des Monats 4,50 M., bei halber Zustellung 2,25 M., bei halber Zustellung im Ausland 7,50 M., per Viertel 12,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 111, Fernsprecher: Ami Norden 2893 und 2896.

Interessante Artikel, Monatshefte oder deren Raum 1,20 M., Werbenzeigen das erste Heft 20 Pf., das zweite Heft 25 Pf., Leserkarte 20 Pf., Bei Familien u. Vereinstellungen 20 Pf. der halbjährige, Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen.

Druckerei-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Ami Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen die Marloh-Schande.

Tot arbeitende Volk Groß-Berlins hat gestern sein Urteil über das durch den Marloh-Prozess so grell beleuchtete militaristische Schandregiment gesprochen. Die Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie waren außerordentlich stark besucht, zum Teil mußten Parallel-Versammlungen veranstaltet werden. Mit aller Deutlichkeit hat sich wieder gezeigt, daß dem Proletariat Berlins die Politik der Rasko-Sozialisten in tiefster Seele verhaßt ist, und wenn der rechtssozialistische Bezirksvorstand zwei Tage vorher durch einen besonderen Aufruf eine Rettungsoption für das fluchwürdige System einzuleiten versuchte, daß sich mit dem Namen Rasko verknüpfte, so haben die gestrigen Versammlungen bewiesen, wie die werktätige Bevölkerung in Wirklichkeit darüber denkt. Die Redner hoben übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß der Prozess Marloh mit allen seinen Scheußlichkeiten doch nur einen Einzelfall darstellt und daß es nicht genügt, die Rasko, Reinhard, Kessel und ihre engeren Gefährten zu bestrafen, sondern daß der Kampf geführt werden muß gegen ein System, das die herkömmlichen Werkzeuge bedient und solche Handlungen wie die Matrosenabschlachtung hervorruft.

Die gestrigen Versammlungen hatten zudem noch eine außerordentliche politische Bedeutung. Es waren die ersten öffentlichen Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie nach dem Parteitag in Leipzig. Die Partei hat sich ein entscheidendes Aktionsprogramm gegeben, in dem die Methoden und die Ziele unserer Bewegung ohne jede Deutungsmaßlosigkeit angegeben werden. Das arbeitende Volk Berlins hat gestern der Unabhängigen Sozialdemokratie ihr Vertrauen ausgesprochen, es hat gezeigt, daß es entschlossen ist, von der Grundlage aus zu kämpfen, die durch unser Programm gegeben ist. Nur durch die Zusammenfassung der Arbeiterklasse in mächtigen Organisationen und zu gewaltigen Aktionen, durch die Konzentrierung unseres Willens auf ein Ziel können wir die jetzigen Zustände beseitigen und eine Gesellschaftsordnung schaffen, der das Proletariat als der wichtigste Faktor im Produktionsprozess seinen Stempel aufdrückt. Das ist in den Versammlungen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck.

Über den Verlauf der einzelnen Veranstaltungen wird berichtet:

Am Schaafplatz des Zentralbüros versammelte sich Genosse Rasko. Er erklärte, daß die Volks-Marine-Division in den nächsten Tagen ihre Pflicht erfüllt habe. Sie habe sich logisch mit dem „Gefährdet“ und den Vorkämpfern herumgeschlagen, ohne daß ihnen die kleine Reichswehr zu Hilfe gekommen wäre. Er meinte, seien die Matrosen dann von den Truppen im Polizeigebiet am Übergangspunkt worden, und so sei es zu den Kämpfen gekommen. Die Regierung, Bülow und Reinhard hätten ihre Kräfte mit den letzten Lügen in den Kampf geschleift. Der Redner kam dann auf den Fall Marloh zu sprechen, der einer der größten Standale sei, die Deutschland kennen gelernt habe. Für seine „Abfindung“ nicht im Mindestmaß, sondern durch den Marloh-Prozess sei nicht der Kleinwüchsig. Wenn Reinhard den Marloh sei, daß möglichst viel Gefangene erlösen im den nächsten, weil die Gefängnisse voll waren, so habe der edle Oberst über den Wohnungsnot zu sprechen wollen. Unter diesem Vorwand erklärte der Redner, daß Reinhard, Kessel und Rasko die Schuldigen am Mord an den Matrosen seien. Alle drei gehörten ins Untersuchungsgefängnis und kann ins Ausland. Aber auch in der Polizeigebiet müsse man die Schuldigen sehen. Dann do! fügen die Strafe, welche der Marloh angeht haben. Woher sei das Geld für die Abfindung für Marloh? „Ich glaube nicht“, fuhr der Redner fort, „das der Geldgeber der Amerikaindustrie, Herr Strauß ist, der mit Parvus und Marx bei Ehrlich-Scheidemann steht. Heute ist Herr Strauß Minister in der Regierung mit dem Titel eines Staatskommissars der öffentlichen Sicherheit. Herr Strauß, der für die öffentliche Sicherheit eintreten soll, hat Marloh den höchsten Posten ausgereicht und damit einem Verbrecher die Freiheit verschaffen. Aus seiner Verantwortlichkeit zu Reinhard und Kessel? Das Geld an Bülow und Reich der Berliner Zentralbehörde soll Gerüchten nach Herr Strauß geben. Aber hinter all diesen Leuten steht die Regierung. Es muß hier Klarheit geschaffen werden, damit aus der kleinen „Schleierpublikation“ nicht soziale Verwirrung wird. Der Marloh-Prozess war ein Versuch der Reichsregierung, die Öffentlichkeit der Militärverwaltung, jedes Land hat seinen Militarismus, aber keiner ist so übermäßig, wie der in Deutschland. Die Regierung sollte die militärische Disziplin an der Spitze Rasko und Ludendorff zum Vorbild nach Frankreich entsenden. Dann hätten wir un-

tere Gefangenen zurück und wären die Verbrecher los. Ebenso müssen alle Schuldigen an die Entente ausgeliefert werden. Wir werden den Ungehörigen nach einem Jahr in den Kerker geben. Die Einigung des Proletariats ist nötig, aber mit den Rechtssozialisten kann man sich nicht an einen Tisch setzen. Von Rasko oder Scheidemann als Genosse anzusprechen zu werden, wäre eine Schande für jeden Arbeiter. Der Redner schloß damit, daß die Regierung samt Bülow, Rasko und Kessel weggeräumt werden müsse.

Das Referat in den Germania-Praktiken hatte vor etwa 1500 Personen Genosse Adolf Hollmann übernommen. Nach Brandmarlung der unzähligen Verbrecher, die durch die Offiziersliste und ihre Bekämpfer begangen wurden, und die sich bei der Ermordung der Matrosen in ihrer vollen und brutalen Kadtheit offenbarten, äußerte er seine Befriedigung über den Aufbruch links in unserer Partei. Mit der Partei, die mitschuldig an all den bisherigen Verbrechen sei, könne es keine Einigung geben, wohl aber solle daran gearbeitet werden, bis auch der letzte Proletarier ihr den Rücken gefehrt habe. In der Aussprache wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen. Die Anwesenden wurden besonders nachdrücklich aufgefordert, ihre Verwandten und Bekannten auf dem platten Lande anzuklären.

In der Brauerlei-Praktik referierte vor überfülltem Saale Genosse Dreißigfeld. Er beleuchtete die Unrechtmäßigkeit des Verhaftungsbeschlusses und den Verstoß gegen den Grundgesetz. Diese bereiteten mit der Atmosphäre vor, in der die Ermordung der Matrosen vorkam. Den neudeutschen Militarismus zeichnete der Redner in seiner ganzen Scheußlichkeit. Dem sehr häufig ausgenommenen Referat folgte durch Beifall der Versammlung keine Diskussion.

Vor gut besetzter Versammlung sprach in den Zentral-Praktiken Genosse Hehler. In der Diskussion bedankte sich im Namen seiner Leidensgefährten ein Genosse, der anlässlich der Märzunruhen bestrast worden war, für die Unterstützung durch unsere Partei. Ein den schärfsten Genossen dankte für die Hilfe und Unterstützung der deutschen Sozialisten. Die internationalen Genossen würden aber ein Zusammengehen mit Deutschland ablehnen, solange ein Rasko eine führende und einflussreiche Stellung besitze.

In der Schöne-Wälder, Ede-Teilsstraße waren Rasko und Turndorff gedrängt voll. In beiden Versammlungen, die von ungefähr 1500 Personen besucht waren, referierte die Genossin Reichert. In Ermangelung eines zweiten Referenten wurde sie unterstützt von den Genossen Kaiser und Rasko. Der Verlauf der Versammlung hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse durchaus gewillt ist, mit der Politik der Rechtssozialisten und deren Verächtern, Militär- und Sozialisten, bei gegebenem Zeit abzurechnen. In der Versammlung der Genossen Rasko machte zum Schluss auf die „Schandhaftigkeit der Rechtssozialisten in den Betrieben der Berliner Metallindustrie aufmerksam. Aus Anlaß der bevorstehenden Neuwahlen zu den Arbeiter- und Hausen in einigen Großbetrieben, Siemens, A.G. Brunnensstraße, haben sich die Rechtssozialisten mit bürgerlichen Organisationen auf einigem Boden vereinigt, um so leichter die Listen der freien Gewerkschaften belästigen zu können und damit durch Niederdrücken des revolutionären Geistes der Arbeiterklasse den Kapitalismus weiter zu befestigen. Beide Versammlungen schloßen mit einem begeisterten Hoch auf den internationalen revolutionären Sozialismus.

In den Gensieswäldchen, Meißner Straße, fanden zwei Versammlungen, die von circa 1000 Personen besucht waren, statt. Die Genossen Schneider und Rasko griffen mit aller Schärfe die Massenurteile der letzten Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Militärurteile. Mit großer Begeisterung wurden die Ausführungen der Referenten angenommen.

Unter dem Titel „Schandhaftigkeit“ besaß die etwa 1500 Versammlungsbesucher in den Praktiken Waid, wo Genosse Reichert über die schändliche Verurteilung des Völkerverrats Marloh sprach und die nötige Konsequenz zog.

In einer gut besetzten Versammlung im Ehrlichen Brauhaus referierte Genosse Rosenfeld. Er erklärte, er habe die Vorgänge im Prozess Marloh, die dazu geführt hätten, die wahren Schuldigen nicht zu ermitteln. Er sei jetzt für kurze Zeit bei der Verhandlung zugegen gewesen, habe aber sofort den Eindruck gewonnen, daß der Sozialaktivismus alles unterlassen habe, um die Wahrheit festzustellen.

In den Union-Praktiken sprach Genosse Skramling. Die überfüllte Versammlung nahm einen würdevollen Verlauf. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall angenommen. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

In der „Lindenbrauerei“, Tobstraße sprach Genosse Stein. In der Schöne-Wälder, Meißnerstraße. Gen. Zeuner und in der Rasko-Grünhäger Straße Gen. March. Alle drei Versammlungen waren sehr besucht. Die Sammlung für die politische Bewegung ergab 400 Mark. In der Diskussion unterstrichen die Redner die Ausführungen der Referenten.

In den „Sophienwäldchen“ sprachen die Genossen Grande und Sieber und erzielten lebhaften Beifall. In 14 stündigen, sehr kräftigen und guten Ausführungen sind im Kolberger Saal, Kolberger Str. 23 der Referent Ge-

nosse Sobath mit der Regierung ins Gericht und gefesselte Marf ihr Verhalten im Marloh-Prozess. Die Ausführungen erzielten reichem Beifall der gut besetzten Versammlung.

In der Schöne-Wälder Straße sprach vor gut besetzter Versammlung Genosse Joon. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall angenommen.

In „Nationalist“ (früher Königsplatz) sprach Genosse Tili. Er referierte unter lebhaftem Beifall der Versammlung mit den Schandurteilen der Militärjustiz ab. In der Diskussion machte noch ein ehemaliges Mitglied der Postmarine-Division interessante Mitteilungen über seine Erlebnisse in der französischen Strafe. Sodann berichtete Genosse Schilling von Grandau über die Revolutionäre in der Reichswehr und warnte vor den falschen Berichten in der bürgerlichen Presse.

Im „Märkischen Hof“ referierte Genosse Lampe. Seine ausgezeichneten temperamentsvollen Ausführungen wurden wiederholt von reichem Beifall begleitet. Referent beleuchtete mit scharfer Kritik das reaktionäre System und die dunkelsten Punkte des Marloh-Prozesses. In kräftigen Worten appellierte er zum Kampf an die Versammlungsbesucher mitzubekämpfen, dieses reaktionäre System zu brechen und im Sozialismus den Weg zu erkennen, der das Proletariat zum Siege führt. Die Sammlung für die politische Inaktivität betrug 60 Mark.

Der Besuch der Versammlung im „Volkshaus“ in Charlottenburg war sehr gut, trotzdem die Polizei in einigen Bezirken die Plätze entleert hatte. Eine Nebenversammlung mußte stattfinden. Im oberen Saal sprach Genosse Dr. Gerh unter stürmischem Beifall der Versammlung. Im unteren Saal referierte Genosse Kramer und fand ebenfalls lebhaften Zuspruch. In beiden Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die sich für die Einziehung der Bewilligung von 800 000 Mark für die Einwohnerwehren wendete.

In der „Garnisonstraße“ in Schöneberg referierte in einer gut besetzten Versammlung Genosse Bienenau. In der Diskussion sprach ein Kommunist im Sinne der Einigung des Proletariats.

Wilmersdorf-Galense. In der Wilmersdorfer Ober-Realschule sprach Genosse Dr. Moser. Der Redner verurteilte den Marloh-Prozess mit dem Mörder-Gesetzesmord-Prozess und dem Prozess gegen den Arbeiterführer Kiliam-Galle. Das deutsche Proletariat trage selbst die Schuld daran, daß jetzt ein Jahr nach der sogenannten Revolution, es zu einer so unehrenhaften Verneinung des Rechtsempfindens kommen konnte. Es sei bezeichnend, daß unter der sogenannten „sozialistischen“ Regierung die rechtsstehenden Wälder eine derart aufreizende Sprache führen dürften. Mit aller Schärfe müsse man jetzt fordern, daß die wahren Schuldigen am Fall Marloh, Ober-Realschule und der Reichswehrminister Rasko, auf die Anklagebank kämen. (Zuruf: Rasko, Bülow!) Aus den Aussagen der republikanischen Offiziere Schwabader und Müller sei klar ersichtlich, daß der Hauptminister zu dem Verbrechen in der Französischen Strafe Rasko war. (Zuruf: Arbeiterverbrecher!) An der Spitze steht, wo sie mit ihrem Raub an Tode sei, ließe die wehrheitssozialistische Partei den Ruf zur Sammlung ertönen. Aber mit Männern wie Scheidemann und Rasko würde sich die unabhängige Partei niemals zusammenschließen. Erst Reinigung, dann Einigung! Die jetzige „sozialdemokratische“ Regierung feuere immer mehr und mehr im realen Sinne Rohwasser und trage dazu bei, das Vertrauen des Auslandes dem deutschen Volk gegenüber zu vernichten. Darauf sei auch in erster Linie der Vorkämpfer zurückzuführen. Dem deutschen Proletariat würde jetzt ein Anstoß an die internationale Arbeiterbewegung fallen, da die Genossen im Ausland zu den deutschen Arbeitern kein Vertrauen mehr haben können. An das Referat schloß sich eine lebhafteste Aussprache.

Wilmersdorf. In beiden Versammlungen, die wiederum stark überfüllt waren, kam aus der Mitte der Versammlung schon vor der Sammlung der Tunsä, die Referate dem Fonds der politisch Inaktivierten zu überreichen. Es konnten demzufolge 250 Mark nach Abzug der Unkosten überreicht werden. Es referierten die Genossen Ludwig-Sagen und Schwenk. Berlin unter reiflicher Zustimmung der Versammlung. Diskussion fand nicht statt. Der Aufforderung der Versammlungsführer Thum und Jönemann, nun endlich der Organisation beizutreten, folgte eine sehr acrobatische Zahl der Erschienenen. Ein erneuter Versuch, die Partei zu marischieren.

Wilmersdorf. Eine stark besetzte Versammlung, in der Genosse Klausner über den Marloh-Prozess sprach, gab dem tiefsten Beifall vor den zumenschlichen Verleihen des Militarismus Ausdruck.

Im „Strandbühl“ in Tegel referierte Gen. Krause vor etwa 1000 Personen. Die Versammlung folgte mit großem Interesse den Ausführungen und wurde von Genossen Joon, Reichert und anderen sehr lebhaftem Beifall. Mit einem Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie und die

In Mariendorf sprach in der Aula in der Kaiserstraße Genosse Künzler vor einer gut besetzten Versammlung. Seine Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Treptow-Baumhüttenweg. In einer gut besetzten Versammlung im Lokal von Wanzel sprach Genosse Quastig

Seine politischen Ausführungen im Falle Marlos riefen bei den Versammelten lebhaftes Interesse und Beifall hervor.

In Steglitz-Friedenau, Gymnasium Heeselestraße, sprach Genosse Berger vor einer großen Versammlung. Seine beredten Ausführungen fanden stürmische Zustimmung. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Es erfolgte eine glänzende Beifallskundgebung — von links und von rechts. Eine Zehnerauswahl für die politischen Gelangenen ergab 110 Mart.

In Neukölln fanden Versammlungen statt in den Rudow, Stern, Eggenlocher und Südfriedrichsplatz, in der Hindl-Bräuererei und bei Altem, Palmbaum. Ähnliche sechs Versammlungen waren gut besucht und brachten außer vielen Resonanzen eine hohe Summe für die Inhaftierten. Es sprachen die Genossen Müller, Horn, Kresse, Weise, Stöffinger und Freund. In den Südfriedrichsplatz fanden eine Resolution gegen die Prozedur im Marlos-Prozess angenommen.

In Prig referierte vor einer gut besuchten Versammlung Genosse Sammerfeld. Die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten wurden ergänzt durch kräftige Worte des Vorsitzenden. Der Vertreter der Versammlung vereinigte sich in einem Hoch auf die Internationale. Eine Sammlung für die politischen Gelangenen ergab die Summe von 215 M.

In der Turnhalle in Reichswalde teilte Genosse Köhler die Verhandlungen der Wiltshaus. Nach einer Diskussion, die im Rahmen des Vortrags gehalten wurde, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Internationale.

In Oranienburg sprach Genosse Schneider-Knecht, in Schöneberg Genosse Wielepp, in Köpenick Genosse Thomas. Ihre Ausführungen fanden einhellige Beifall.

Spandau. Zu einer machiballenden Kundgebung gab sich die von Sonntag in den Gertrudengärten abgehaltene Protestversammlung. Der große Saal sowie sämtliche Nebenzimmer waren bis auf den letzten Platz besetzt. Als Referent war Genosse Kunert erschienen. In einem einwöchentlichen Referat sprach er über den Verlauf des Marlos-Prozesses. Das Vortragen der Hindenburg, Hindenburg und Konraden werten kann im vorwärts auf das Urteil. Die Märzunruhen sollten ebenfalls die Volks-Maximilian besetzen. Im Verlauf seines Referats wurden alle Personen, die in diesem Prozess eine Rolle spielten, unter die kritische Lupe genommen, und nicht hielt seiner demütigenden Kritik stand. Nammentlich Protest muß das gesamte Proletariat gegen dieses Verfahren im Marlosprozess erheben, es muß die vollste Befreiung der Marlos-Prozess beschleunigen und den Kampf gegen den Militarismus bis zur Vernichtung desselben führen. Eine Diskussion zu diesem Referat fand nicht statt.

Genosse Leo behandelte darauf in längeren Ausführungen die Vorgänge, die sich am Freitag nachmittag in der Arbeiterkammer Nord abspielten und bezeichnete als einen der Haupttendenzen den Rechtssozialismus. Genosse Kunz wies in kurzen aber eindringlichen Worten darauf hin, daß die heutigen Zustände durch die eigene Schuld der Arbeiter herbeigeführt worden sind, denn wenn die Führer zum Handeln aufgerufen, dann werden sie von den Massen verlassen.

Eine Resolution, die die sofortige Entlassung u. Befreiung und vollständige Wahrung der letzten Rechte der Marlos, sowie die Wiederaufnahme des Marlos-Prozesses vor einem obersten Volksgericht forderte, fand einstimmige Zustimmung. Mit einem Hoch auf die internationale Weltrevolution wurde die Versammlung um 1 1/2 Uhr geschlossen.

Die Baltikumer in Berlin.

Bewaffnetes Gesindel stört eine Versammlung.

Der kürzlich gegründete Friedensbund der Kriegsteilnehmer hatte gestern vormittag eine öffentliche Versammlung einberufen, die gegen die Behauptung, daß das Feldherren „von hinten erschossen“ worden sei, protestieren sollte. In dieser Versammlung hat sich bewaffnetes Gesindel, das aus dem Baltikum zurückgeführt war, in unerhörter Weise aufgeführt. Eine bürgerliche Korrespondenz berichtet darüber folgendes:

Um es vorweg zu sagen, in den ersten zwei Stunden der Verhandlungsdauer war an eine geregelte Verhandlung gar nicht zu denken. Die Referenten waren nur broadweise zu verstehen, denn etwa 80 Baltikumkrieger, unter Führung mehrerer Offiziere, hatten den Saaleingang besetzt und vollzogen einen verzerrten Spektakel, wie er wohl der bewegten Zeiten bisher in der Versammlungsgeschichte Berlins wohl noch nicht zu vergleichen war. Dabei war diese Truppe glänzend einbezogen, denn als der Vortrag gar zu hart wurde, versammelte auf das Geheiß eines Offiziers der Kärrer wiederholt. Der Offizier erschrak lächelnd: „Meine Leute sind nur ruhig, wenn ich es ihnen erlaube.“ Bemerkte er noch, daß die Soldaten, die das Abzeichen des Baltikum-Korps am Stragen trugen, durchweg bewaffnet waren. Sie hatten sämtlich umgeschliffene und zerlegte Seitengewehre oder Dolchmesser und übertrugen Armeerevolver.

Nachdem die Versammlungsleitung etwa anderthalb Stunden dem Tumult gegenüber ohnmächtig gewesen war, setzte sie sich mit dem gegenüberliegenden Polizeipräsidium in Verbindung. Kurz vor 1 Uhr mittags erschien plötzlich ein Oberwachmeister der Sicherheitspolizei auf der Rednertribüne und es gelang ihm, die Menge so weit herzustellen, daß er sich verständig machen konnte. Er forderte im Auftrag des Polizeiprääsidenten alle bewaffneten Versammlungsteilnehmer auf, entweder sofort den Saal zu verlassen, oder aber die Waffen im Vorraum abzugeben. Es entstand nun ein ungeheurer Aufstand im Saal. Während die Anhänger des Friedensbundes ob dieser Mitteilung jubelten, versuchten die bewaffneten Soldaten, sich zusammenzusetzen und wenn möglich gegen das Publikum vorzuschieben. Der andere Teil der Versammlungsteilnehmer bildete aber eine Kette und sperrte das Publikum ab. Inzwischen hatte ein junger Offizier versucht, mit dem Beamten der Sicherheitspolizei zu verhandeln. Dieser lehnte jedoch jedes aufrechterliche Gespräch ab und erklärte, als ihn der Offizier nach seiner Legitimation fragte, er habe den mündlichen Auftrag vom Polizeiprääsidenten erhalten, die Versammlung von den bewaffneten Soldaten zu befreien. Weiter rief er dann mit lauter Stimme in den Saal hinein, daß er nunmehr alle bewaffneten Personen, die sich noch im Saal befänden, verhaften lassen würde.

Auf dieses Stichwort drangen 12 Beamte der Sicherheitspolizei in den Saal und drängten die Demonstranten langsam hinaus. Es sei hervorgehoben, daß die Beamten der Sicherheitspolizei mit großer Ruhe und vielem Takt vorgegingen. Trotzdem die Beamten verständig geschimpft und gestikuliert wurden, behielten sie das Gesicht über die Schulter geschickt und drängten die Demonstranten stumm aber energisch heraus. Die Baltikumleute versuchten sich noch einmal im Vorraum festzusetzen, was ihnen jedoch nicht gelang. Die Baltikumleute räumten schließlich das Lehrerseminar unter stürmischen Geschreien auf und unter Wirkung des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“. Nach der Räumung des Saales nahm die Versammlung ohne jeden weiteren Zwischenfall ihren Fortgang. Die Versammlungsleitung erklärte, daß ihr vom Polizeiprä-

sidium mitgeteilt worden sei, daß das Eingreifen der Sicherheitspolizei nur aus dem Grunde erfolgte, weil es nach der neuen Reichsverfassung verboten ist, sich bewaffnet in geschlossenen Versammlungen aufzuhalten. Die Demonstranten haben also samt und sonders gegen diese Bestimmung der Reichsverfassung verstoßen.

Statt daß die Regierung dafür sorgt, daß die baltischen Arbeiter so schnell wie möglich entlassen und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, halbtags wieder eine nützliche Tätigkeit zu ergreifen, sieht sie ruhig zu, wie sie sich in dem Land festsetzen und jetzt sogar in der Reichshauptstadt die Bevölkerung der baltischen Gebiete in Schrecken versetzt halten. Hier wurde den Baltikumen damit gedroht, daß sie ihrer Staatsbürgerrechte verlustig geben würden, und daß man ihnen weder Vergebung noch Verzeihung geben werde, wenn sie nicht sofort das Land verlassen. Notgedrungen haben sie endlich die baltischen Gebiete räumen müssen; da verfuhr aber die Regierung ihre Drohungen und nahm die Leute mit offenen Armen auf. Sie werden gelohnt, verpflegt, neu ausgerüstet, es eröffnen sich ihnen die günstigsten Aussichten, in die Reichswehr aufgenommen zu werden. Man kann es deshalb verstehen, daß den Baltikumen der Name Kavalli, und daß sie sehr zu neuen Heldentaten anhalten, deren Objekt nicht mehr die landsässliche und estnische, sondern die deutsche Bevölkerung sein soll.

Bemerkenswert ist es, daß die Sicherheitswehr, wie der Bericht hervorhebt, „mit großer Ruhe und vielem Takt“ gegen die Ruhestörer vorging. Man vergleiche damit das Verfahren, das in der vorigen Woche in Spandau gegenüber den schwerbeschädigten Arbeitern eingeschlagen wurde. Die Baltikumer waren schwer bewaffnet, sie verübten Stundenlang den größten Schand und bedrohten die Referenten mit Leibschüssen; die Sicherheitswehr begnügte sich damit, sie in fastvoller Weise aus dem Saale zu entfernen. Die schwerbeschädigten in Spandau dagegen waren unbewaffnet, sie wankten nicht, als daß die Rechte, auf die sie Anspruch hatten, erfüllt wurden. Hier war aber nichts von Takt zu spüren. Die schwerbeschädigten wurden mit Revolverkugeln aufeinandergetrieben, man schoß sie nieder, als wenn es sich nicht um Menschen, sondern um Tiere handelte.

Die Londoner Verhandlungen.

Die Zusammenkunft des neuen Rates.

H. N. London, 14. Dezember. Der nach dem Beschluß der Downingstreetkonferenz zu bildende Neue Rat wird aus folgenden zehn Mitgliedern bestehen: Lord George, Curzon, Balfour, Chamberlain für England, Clemenceau, Cambon, Loubet für Frankreich, die italienische Außenminister Scialoja und der italienische Vizepräsident in London für Italien.

In einer Sonderberatung zwischen den französischen und britischen Vertretern wurde die seit den letzten Tagen sehr schwierige Frage der französischen Valuta behandelt.

Paris, 14. Dezember. „Welt Journal“ berichtet: Louchere hat eine sehr rege Tätigkeit in London entfaltet, und man darf als Ergebnis seiner Bemühungen bald ein Abkommen zwischen der britischen und französischen Regierung und zwischen englischen und französischen Banken erwarten, die zu ausgedehnten Handelsbeziehungen führen dürften. Allerdings sollen die Bedingungen gestellt werden, daß die Kredite nur für den Wiederaufbau der französischen Industrie verwendet werden dürfen. Scialoja ist bereits aus London nach Rom abgereist. Am heutigen Sonntag kehrt Clemenceau nach Paris zurück.

Die deutsche Antwortnote in Paris.

Paris, 14. Dezember. (Dabak.) Die Antwort der deutschen Delegation in Paris zu der letzten Note der österreichischen Regierung in Paris zu gekommen. Da Entzifferung und Übersetzung einige Zeit in Anspruch nehmen werden, wird die Antwort wahrscheinlich nicht vor Montag morgen dem Generalsekretariat der Friedenskonferenz überreicht werden.

Moralischer Tiefstand.

Die „Post“, das Organ der schlimmsten Schmarotcher am Leibe des arbeitenden Volkes, hat gestern einen Leitartikel veröffentlicht, in dem in jedem Satz einmal die Worte Unabhängigkeit und Freiheit vorkommen. Wir sind aufs tiefste erschüttert ob solcher reichlichen Bezeichnung von so gewichtigen Werten, müssen aber, bedenkend wie wir sind, einen erheblichen Teil der uns zugehenden Liebenswürdigkeiten als unbegründet zurückweisen.

Die „Post“ findet, daß sich die Unabhängigen überall bemerkbar machen. Überall drängeln sie sich hinein, es gäbe kaum noch eine Körperlichkeit des Deutschen Reiches, in der sie nicht vertreten wären, in allen Betrieben der Landwirtschaft und Industrie machten sie sich breit, sogar das Theater benützten sie für ihre Propaganda. Wir hätten so viel Anerkennung der Rührigkeit unserer Genossen von dieser Seite kaum erwartet und wir können der „Post“ versichern, daß uns ihr Lob andornen soll, auf dem erfolgreich betretenen Wege fortzuschreiten.

Ein wenig ausdrücklich scheint es die „Post“ zu finden, wenn wir sie recht verstehen, daß wir mit unserer Kritik nicht vor der Tätigkeit der Gerichte halt machen. Selbst vor Schwurgerichten, die die „Post“ (es ist gewiß nur ein Versehen) mit „Volksgerichten“ verwechselt, hätte die „Freiheit“ keinen Respekt, denn sonst hätte sie von dem Salleschen Schandurteil im Milanoprozess nicht als von einem Produkt der Massenjustiz sprechen dürfen und noch weniger hätten es unsere Genossen in Halle wagen dürfen, zum Protest gegen das Urteil den Generalstreik auszurufen. Das sei Terror! Mit Verlaub, verehrt die „Post“, daß der Generalstreik ein solcher wurde, sei doch nur, daß zahlreiche Menschen der gleichen Meinung sind, wie wir. Also von Terror kann hier wohl nicht die Rede sein. Aber wir werden nie veräumen, gegen den blutigen Terror der Schwurgerichte zu protestieren, solange ausschließlich „Post“-Leute und verwandte Seelen den Kreis der Geschworenen bilden.

Ein Verstum des Mutes für Terror im Gerichtslole ist es ferner, wenn es die in Spandau beschlossenen Kriegs-

beschädigten Klatsch als Unabhängige bezeichnet. Sol könnte der „Post“ leicht als demagogische Stimmungsmache ausgelegt werden, denn hier ist vor allem festzuhalten, daß es sich um schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer handelt, die etwas anderes verdient haben, als solche Mißhandlung. Daran sind wir für sie eingetreten, nicht, weil wir Parteigenossen von uns in ihnen sehen. Und es ist — nun wollen wir einmal offen und ernsthaft reden — eine Schamlosigkeit und ein Zeichen für den größten moralischen Tiefstand, wenn überhaupt ein Blatt, und sei es selbst die „Post“, es noch wagt, die so gemein behandelten anzupöbeln und die sie volverheßen in Schuld zu nehmen.

Die „Post“ behauptet, die Kriegsbeschädigten hätten das Leben der Beamten bedroht und der Koch hätte in der Notwehr gehandelt, wozu es ungerichtet wäre, ihn zu entlassen. Wir wiederholen, daß wir keine Entlassung und einen Prozeß gegen den kochenden Herr fordern, und wir möchten es uns verbitten, daß auch nur der leiseste Versuch gemacht wird, die Sache auf Notwehr hinauszuwickeln, denn sonst würden wir gewiß wieder einmal von Massenjustiz zu sprechen.

Mit der „Post“ wollen wir nicht streiten. Es wird wohl so. Aber es steht klamm, sehr klamm um den deutsche Volk, wenn solche Skandale in der Öffentlichkeit werden dürfen. Aber gerade der Spandauer Fall ist ein Ausfluß jenes furchtbaren siechtlichen Verfalls, der durch die widerliche Verheißung der „Post“ und ähnlicher Pressezeugnisse bewußt gewirkt wird.

Es wird demaskiert.

Amlich wird gemeldet, daß im Reichskabinett wieder eine Debatte, noch eine Abstimmung darüber stattgefunden hat, ob Oberst Reinhard zu entlassen sei.

Der Dementierapparat arbeitet prompt. Reinhard darf um keinen Preis desaminiert werden. Reinhard muß, auch noch im Falle geschickt werden. Eine Blamage mehr für diese Regierung!

Grenzschiebungen.

Innsbruck, 13. Dezember. Wie der „Allgemeine Tiroler Anzeiger“ meldet, haben General Bliceri den Münchener Sozialisten Schmittler, in München aus dem Gefängnis ausgebrochen war, verhaftet.

Anscheinend handelt es sich hier um eine gleiche Verlegung des Ministeriums wie im Falle des ehemaligen Finanzkommissars der Allgauer Materie Maximilian Schnell. Auch in diesem Falle hätte Tiroler Gendarmen den nur wegen politischer Vergehen von den bairischen Behörden gesuchten Schnell auf österreichischem Boden festgenommen und an das bayrische Freikorps Epp abgeliefert. Es bestand kein Zweifel, daß jene österreichischen Gendarmen nicht aus eigenem Antrieb, sondern im Auftrage gewisser bairischer Stellen, die solche verbrecherischen Handlungen mit klugem dem Händedruck belohnen, wie denn auch das Verhalten der bairischen Behörden in den Fällen Lindner und Spartakistenamt dem Teufel um Nip- oder Völlerrückklammern.

Rückkehr der österreichischen Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Paris, 13. Dezember. Der österreichische Vertreter in Paris hat in einer Note vom 8. Dezember bei der französischen Regierung die Befreiung der österreichischen Kriegsgefangenen erbeten. In einer zwei Tage später datierten Note teilte der französische Ministerpräsident mit, daß die Regierung entschieden habe, diese Angelegenheit zugunsten der österreichischen Gefangenen zu treffen, und ihre Befreiung noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrages zu genehmigen. Den französischen Behörden wurden Anweisungen erteilt, die Heimkehr der Kriegsgefangenen so rasch wie möglich zu beginnen.

Wir begrüßen die österreichischen Kriegsgefangenen in Frankreich zu ihrer baldigen Heimkehr. Wir müssen aber bei dieser Gelegenheit an Clemenceau die Frage richten, warum den deutschen Kriegsgefangenen nicht auch endlich die Befreiung zuteil werden soll. Sollen die 400 000 Mütter, Söhne und Brüder der Gefangenen des nationalen Hasses geopfert werden oder sollen sie für die Sünden und Fehler der deutschen Regierung büßen? Man lasse endlich die Stimme der Menschlichkeit über formale Bedenken klingen. Daß das geht, zeigt die Freilassung der österreichischen Kriegsgefangenen.

Die Maltagefangenen in Deutschland.

Russien, 14. Dezember. Sämtliche etwa 1100 deutsche Maltagefangene sind nach Berlin in Russien eingetroffen. Sie wurden nach Lager Spandau weiterbefördert, wo die Entlassung unverzüglich erfolgt.

Die Kohlennot in Wien.

Wien, 14. Dezember. Der Korrespondent Gergo erzählt von gänzlichem Kohlenmangel in Wien. Seit gestern ungenügender Kohlenlage durch das Ausschleiben der böhmischen Braunkohlen. Die Lage der Elektrizität und Bahnen ist kritisch. Bei weitem nicht bleiben der Zufahren werden für die Weihnachtswochen empfindliche Einschränkungen des Licht- und Kraftverkehrs zu erwarten. Die Eisenbahnen müssen weiche Einschränkungen im Verkehr verfehle vornehmen.

Beendigung des belgischen Bergarbeiterstreiks.

Brüssel, 13. Dezember. Der Bergarbeiterstreik in der Provinz ist durch Vermittlung sozialistischer Führer beendet worden.

Die ungarische Friedensdelegation ist nunmehr endgültig in Brüssel. Leiter der Delegation wird Graf Apponyi. Mitglieder sind: Graf Eszter Bethlen, Graf Paul Tisza, Alexander Popowich, Baron Wilhelm Bessy, Graf und Graf Semich.

Die Ver... Der B... trieben. In... haupt... aufsch... beschuld... soße zu... kommen... den ist, la... Wichte br... für diese... liegt, die... bed Un... kommen... Wamen... großen I... zur Pa... demot... schaft, die... fortz... in Her... late W... hmit zu... Es frag... Es frag... Schöng... den soll, jo... wenig v... hantelt z... Schuld an... Kessicht... Demolator... aus Münch... und verurte... lichen Wiltg... aufschuf... national... Bohmann... Resoluti... schließung... Verlesen ab... ten lombro... wurde schlie...

Die Demokraten und die Auslandspolitik

Der Parteitag der Demokraten hat auswärtige Politik getrieben. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen von solchen Hauptrednern, stand der parlamentarische Untersuchungsausschuss. In einer Resolution wird ausgesprochen, daß die Untersuchung notwendig ist. Aber, fähel die Resolution fort.

Die Auffassung über die blutige Katastrophe, in die, gekommen mit unserem Vaterlande, die ganze Welt gefährt worden ist, kann nur eine Öffnung der Archive aller beteiligten Mächte bringen. Es sei noch bezeugt der Unkenntnis der Demokratie. Das deutsche Volk will, soviel an ihm liegt, die Wahrheit kennen lernen. Die bisherige Verhandlung, die Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung hat keine volle Befriedigung auslösen können. Demokratische Parteien haben es versucht, den zweiten Untersuchungsausschuss, der bisher alle öffentlich getagt hat, für Parteizwecke zu machen. Der Parteitag billigt, daß die demokratische Fraktion der Nationalversammlung in Gemeinschaft mit den anderen Parteien die Arbeit des Ausschusses fortsetzt. Er hat das Vertrauen zu der Fraktion, daß sie kein Teil der dazu befragten, militärischen oder unpolitischen Ausdeutung der Verhandlungen zu Parteizwecken in Zukunft zu verhindern.

Es fragt sich, was man unter „Parteiwerken“ versteht. Wenn man davon reden soll, daß die Haltung der Parteien im alten Reich während des Krieges nicht zur Ordnung gestellt werden soll, so kommt uns die Objektivität, die da gewirkt wird, zu wenig vor. Die Parteien der heutigen Demokraten sind zu jenen Parteien, die keineswegs von aller Schuld an der Verlängerung des Krieges freigesprochen sind. Die Untersuchung darüber auch manchem modernen Demokraten etwas unheimlich. So äußerte ein Dr. Hohmann aus München sich sehr mißbillig gegen Coßa und Singhoffer und verwirklichte sogar das „einfache Hervortreten der parlamentarischen Mitglieder der demokratischen Fraktion“ im Untersuchungsausschuss. Die wichtigste Aufgabe der Politik sei „Erziehung zur nationalen Gesinnung“, erklärte der Herr. Dieser Herr Dr. Hohmann aber gehört zu den Ueberbener der zitierten Resolution, was wiederum zeigt, was alles in so eine Untertreibung hineingeleitet werden kann. Die Herren Coßa und Singhoffer aber hatten alle Mühe, ihre Parteigenossen von weiteren kompromittierenden Plaudereien abzuhalten. Die Resolution wurde schließlich auf gutes Zureden zurückgezogen.

Wilhelm gegen Bismarck.

Der Verlag Cotta in Stuttgart hatte vor einiger Zeit angekündigt, daß er den 8. Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“, dessen Veröffentlichung man bisher geschweigt hatte, nunmehr herauszugeben werde. Darauf ist gegen den Verlag von monarchistischer Seite ein heftiges Treiben veranstaltet worden, weil man befürchtete, daß das monarchistische System, durch das, was Bismarck in seinem 8. Bande mitteilt, diskreditiert werden würde. Nunmehr teilt der Verlag Cotta im „Wachstums“-Blatt mit, daß die Veröffentlichung des 8. Bandes vorläufig unterbleiben müsse, weil vom Verleger Wilhelm eine vorläufige Verfügung erwidert worden sei, die die Herausgabe des Bandes unterbindet. Es seien Schritte unternommen worden, um die Veröffentlichung trotzdem zu ermöglichen.

Es ist kennzeichnend für unsere Verhältnisse, daß es Wilhelm dem Letzten immer noch möglich ist, in solcher Weise auf die deutsche Öffentlichkeit einzuwirken.

Der italienische Wahlsieg und die Taktik der sozialistischen Partei.

Die Neuwahlen zum italienischen Parlament im vorigen Monat haben bekanntlich der sozialistischen Partei Italiens einen ungeheuren Erfolg gebracht. Die Partei gewann über 100 neue Mandate und ist mit 181 Abgeordneten die stärkste einheitliche Partei in der italienischen Kammer. Es ist nun aufzuheben, wie von außenstehender Seite, vor allem von großen Teilen der italienischen bürgerlichen Presse, aber auch in ausländischen Besonderen deutschen Schilderungen der politischen Lage Italiens in anderen Ländern der gewaltige Sieg des italienischen Sozialismus als Anlaß benutzt wird, um aus ihm die Notwendigkeit einer Wenderung der bisherigen rein revolutionären Taktik unserer italienischen Genossen herauszulesen. So ist es interessant, wie die italienische Bourgeoisie, die noch vor wenigen Wochen, d. h. vor den Wahlen, die Sozialisten als bolschewistische Ungeheuer betrachtete und ihren möglichen Sieg als den Ruin Italiens hinstellte, jetzt nach den Wahlen, voller Hochachtung und Achtung für eben dieselben Sozialisten ist und an ihre „Vernunft“, ihre „Mäßigung“ und ihren „politischen Sinn“ appelliert, die sie im „eigenen Interesse“ zu einer Steigerung ihrer Taktik veranlassen müssen. Die bürgerliche Presse ebenso wie die ausländischen Berichte über Italien wissen denn auch bereits davon zu erzählen, daß große Teile und bedeutende Führer der italienischen Sozialisten selber eine solche Wenderung ihrer Politik für notwendig und ein Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien und der Sozialisten für unbedingt erforderlich halten.

Wel allen diese Schilderungen ist aber immer nur der Wunsch der Vater des Gedankens, und die angebliche Fürsorge der Bourgeoisie, die den italienischen Genossen „in ihrem eigenen Interesse“ Rat schläge erteilen, ist nichts anderes als eine nur zu durchsichtige Kriegstaktik, mit deren Hilfe die Bourgeoisie die sozialistischen Kräfte in ihrem Sinne beeinflussen will. Unsere italienischen Genossen fallen nichtverhohlen auf diese Verlockungen ebenfalls ebenförmig herein, wie früher auf das Terrorregiment der Bourgeoisie. Bezeichnend für die Haltung der Partei sind die Neuzugänge des Genossen Turati, der als einer der wichtigsten Führer der italienischen Sozialdemokratie gilt. In einer Rede, in der er die Bedeutung des Wahlsieges feierte, erklärte er:

„Eine neue Welt bedeutet dieser Wahlsieg, mit einem Wort: Die Revolution. An Stelle des schrankenlosen Wettbewerbs und der Unterjochung ist die Idee der Solidarität und des Kommunismus getreten. Verfall ist tot. Das Italien von heute aber hat eine Aufgabe: Befreiung der Welt von den Mächten, die der Krieg gelassen hat, das tun, was es bereits heute längst tun müssen, anstatt sich in den Krieg einzumischen, nämlich: der Mittelpunkt der Bestrebungen zu sein für die internationale Versöhnung, indem es zur Grundlage dessen die Prinzipien von Zimmerwald nimmt, und indem es sich zur Kraft des Handels der proletarischen Massen Europas bedient.“

Was der „Avanti“, das führende Blatt der Partei, lehnt die Zusammenarbeit mit anderen Parteien ab. Der Sozialist sagt er, muß sein Programm aus eigener, gewaltig an-

gewachsenen Kraft durchsetzen. Die ersten Forderungen, die der „Avanti“ aufstellt, sind die folgenden: sofortiges Bündnis mit Sowjet-Rußland, völlige Ausschaltung des Militarismus, Leitung sämtlicher Betriebe, auch der landwirtschaftlichen, durch die Arbeiter und Angestellten, Konfiskation der großen Vermögen.

Kollischals letzte Hoffnung — Japan.

Kopenhagen, 13. Dezember.

Die „Politiken“ aus Paris erzählt, melden die amerikanischen Zeitungen, Kollischal habe im Oktober die amerikanische Regierung davon unterrichtet, wenn die Alliierten ihn in Stücke ließen, so werde er sich als letzten Ausweg den Weistand Japans gegen Sowjetrußland sichern, indem er ihm (Japan) einen Teil Sibiriens anbiete.

Eine andere Meldung besagt, daß durch die zeitweilige Räumung von Omsk die Verbindung Japans mit Kollischal nicht beeinträchtigt werde. Japan leiste nach wie vor militärische und materielle Hilfe.

Ein neuer Komunistenprozeß in Ungarn.

Budapest, 13. Dezember.

Heute begann der Prozeß gegen die Mitglieder der ehemaligen Terroristen-Gruppe, Karl Sturz, Arpad, Kerekes, Lehn und Ludwig Kovacs, welche an den verschiedenen Provinz-Expeditionen Szamuels teilgenommen haben. Sturz wird wegen 65 Mordtaten und 2 Fällen von Raub, Kerekes wegen 15 Mordtaten und 9 Fällen von Raub, Kovacs wegen 5 Mordtaten und 3 Fällen von Raub angeklagt.

Amerika schließt den Geldbeutel.

Paris, 13. Dezember.

Die „Daily Mail“ aus Washington meldet, hat der amerikanische Kongreß beschlossen, neuen Krediten und Verschüssen für das Ausland die Genehmigung zu versagen.

Die Angehörigen der Kriegsgefangenen erhalten nach einem Beschluß der Regierung Summen von bis zu 200 M., soweit sie bedürftig sind. Die Beihilfe, die sich nicht nur auf Ehefrauen und Kinder, sondern auch sonstige unterstützungsbedürftige Angehörige der Gefangenen erstreckt, soll möglichst noch vor Weihnachten ausgezahlt werden.

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung der Holzarbeiter.

Die Berliner Holzarbeiter haben am Freitag im Gewerkschaftsraum ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Delegierter von der Versammlung ausgesprochen, weil er Mitglied der Technischen Hochschule ist. Siegle widmete den am 1. Oktober d. J. zum Holzarbeiter-Berband übergetretenen Bildhauern, deren Delegierte zum ersten Male erschienen waren, ein herzlich willkommen. In seinem Bericht über das 3. Quartal erwähnte er, daß die Verwaltung wegen der Auflösung der Roten Arbeiterpartei eine den Berliner Polizeipräsidenten eine Beschwerde gerichtet hat, die von diesem an den Reichsminister nicht weitergegeben wurde. Bis heute ist darauf noch nicht geantwortet worden.

Die 46 stündige Arbeitszeit sei fast restlos in der Berliner Holzindustrie durchgesetzt. Die Durchschnittslöhne betragen im August 19 im Akkord 3.82, im Lohn 3.58. Darauf erfolgten inzwischen die vereinbarten Zulagen von 50 Pf und weitere zwangsläufige Zulagen. Im Anschließ an den Bericht ging der 1. Bevollmächtigte auf die zu stellenden Forderungen ein, zur erstl. Vertragsverlängerung im Februar 1920. Der Kassendirektor beantragte mit 835 287,95 M.

In der Debatte wurde gewünscht, den Tätigkeitsbericht vierzehn Tage vor der Generalversammlung zu veröffentlichen und laufend über Lohnbewegungen und die Kampftätigkeit im „Mittelungsblatt der Verwaltung“ zu berichten. Scharf wurde kritisiert, daß die Taktik mit der Arbeiterschaft im Akkord Raub zu treiben. Es sei nicht nötig, daß die „Gewerkschänder“ Stundenlöhne von über 10 Mark erzielen. Die Organisation müsse mehr Aufmerksamkeit über die Lohn- und Akkordarbeit schenken. Die den Abschluß eines Lohnvertrages betreffenden Anträge wurden der Gesamterwerbsmänner-Versammlung und ein Antrag, die Zentralisation der Gewerkschafts-Bibliotheken anzustreben, um in den einzelnen Stadtteilen Bezirksbibliotheken einzurichten, der Verwaltung überwiesen. Beschlossen wurde, den angesteuerten Arbeitslosen zu Weihnachten eine Extraunterstützung zu gewähren. Zur Deckung der Unterstützung zählten die arbeitenden Kollegen zwei Erdmarken à 1 Mark. Angenommen wurden die Anträge der Verwaltung, Neuanschaffung eines Differenzvermittlers und einer Hilfskraft; die regelmäßigen Vertrauensmänner- und Mitglieder-Versammlungen sollen nur noch im „Mittelungsblatt“ veröffentlicht werden. In die Preh-Kommission wurden gewählt: Alfred Thau, Mayrhofer, Gutskunst, Bruno Weste und Thielmann und als Hilfskommissar Schwarzmeier. Den Angestellten wurde eine monatliche Zulagenanlage von 100 Mark ab 1. 12. 19 bewilligt. Bei den nächsten Delegiertenwahlen zur Generalversammlung soll jeder Kandidat nach seiner gewerkschaftlichen Stellungnahme bezeichnet werden, ob für Arbeitsgemeinschaft oder Akkordsystem.

Streik bei der Firma A. Wertheim.

In einer Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma A. Wertheim und der Handwerksbetriebsgesellschaft A. Wertheim, die Sonntag vormittag im Lustgarten stattfand und vollständig besucht war, wurde einstimmig beschlossen, daß heute, Montag, das gesamte Dienstpersonal, Maschinenführer, Heizer, Schlepper und Handwerker in den Streik treten. Von der Firma wurde eine Teuerungszulage von 300 M. gefordert worden, die diese Forderung mit der Motivierung ablehnte, daß dies erst vom Arbeitgeberverband beschlossen werden müßte. Dann wäre die Firma auch zu der Zahlung bereit. Mit dieser Antwort waren die Angehörigen nicht zufrieden, es soll der gute Geschäftsgang zur Durchsetzung der Forderung benutzt werden.

Forderungen des Allgemeinen Verbandes Deutscher Bankbeamten.

Der Kampf um den Reichsdarlehner der Bankbeamten nimmt jetzt gegen Ende des Jahres wieder schärfere Formen an. Gestern vormittag fand eine gut besuchte, öffentliche Versammlung hiesiger Bankangestellter in dem großen Saal der Brauerei Wilmow statt, in der der Verbandsvorstand Max referierte. An der Spitze der Forderungen stand der Allgemeine Verband der Sieben-Stunden-Arbeitstag, die durchgehende Arbeitszeit, die Bezahlung der Überstunden mit je 6 Mark den Nachanspruch auf Gratifikation und das erweiterte Mitbestimmungsrecht. Das Mitbestimmungsrecht müsse vor allen Dingen bei der Kategorisierung der Bankbeamten ausgeübt werden. Vom Betriebsratgesetz sei lediglich der Name übrig gelassen. Die Betriebsräte in den Banken müßten den Leitungen gegenüber ein Einpruchsrecht

haben. Das im April von den Bankbeamten erlangte Mitbestimmungsrecht sei besser, als das, welches das Betriebsratgesetz bringen werde. Der Einspruch des Betriebsrates müsse rechtlich abschließende Wirkung haben. Die Entlohnung soll in dem Reichsdarlehner, so wie ihn der Verband gestaltet sehen will, dermaßen festgelegt werden, daß neben einem Fixum ein Anspruch auf proportionalen Gratifikationen und überdies variable Teuerungszulagen festgelegt werden. Diese variablen Zulagen, die sich nach den Kosten der allgemeinen Lebenshaltung richten sollen, müssen alle drei Monate nachgeprüft werden. Nach dem Staffeltarif würde auf diese Weise ein Währiger unterbezahlter Bankbeamter ein Mindestlohn von 5700 Mark haben. Der Redner besprach dann ausführlich die anderen Punkte des Reichsdarlehners, so wie ihn der Allgemeine Verband durchsetzen will und polemisierte dabei sehr scharf gegen den Deutschen Bankbeamtenverein. — Die anschließende Ansprache zeigte, daß die Anwesenden mit den Ausführungen der Redner völlig einverstanden waren.

Königs! Siemens-Kongress. Ausgesperrte, Dienstag, den 16. Dezember Versammlung vormittags 11 Uhr, Kolberger Str. Nr. 23 bei Heibel. Referent: Kol. Müncheberg. — Bezirksleitung heute Abend 5 Uhr.

Vertrauensvertrauensleute und Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes Sektion 5 (Wald, Lager, Post, Transportarbeiter usw.) Mittwoch, den 17. Dezember, abends 5 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelauer 14-15, großer Saal, außerordentliche Funktionär-Sitzung. Ohne Legitimation keinen Zutritt. Agitationsmaterialien sind abzugeben.

Groß-Berlin.

Vorsicht vor frommen Schwägern.

Im Norden der Stadt, auf dem Gesundbrunnen, gehen Abgänger der Stephanusgemeinde von Wohnung zu Wohnung, um die Frauen zu Willensäußerungen zu veranlassen, wonach ihre Kinder auch fernerhin am Religionsunterricht teilnehmen sollen. Viele Mütter geben gedankenlos ihr Einverständnis, bedenken aber nicht, welche schweren Schäden sie dadurch der Schule zufügen. Die frommen Herrschaften wollen Material in der Hand haben, um der von uns angestrebten Weltlichkeit der Schule entgegenzutreten zu können. Die Weltlichkeit der Schule wird dieselbe erst ihrem eigentlichen Zweck zuführen. Unsere Genossinnen sollten vielmehr dafür wirken, daß ihre Kinder am Religionsunterricht nicht teilnehmen und dahingehende Erklärungen an die Schulleiter gelangen lassen. Unsere Arbeit hat nur dann Nutzen, wenn sie von den Eltern auch kräftig unterstützt wird. Aber hüte sich jeder vor den frommen Schwägern oder Schwägerinnen, die jetzt ihr Wesen treiben.

Versammlungen der Kommunisten.

Auch die kommunistische Partei hatte für gestern vormittag zwei Versammlungen einberufen, in denen Paul Besi und Maxa Besin sprechen sollten. Da unsere Berichterstatter in unseren Versammlungen zu tun hatten, so können wir aus eigener Anschauung über die kommunistischen Versammlungen nicht berichten. Ein bürgerliches Bureau teilt mit, daß die kommunistischen Versammlungen kaum zur Hälfte gefüllt waren. In den „Concordia-Sälen“ in der Androssstraße sprach Kunge an Stelle von Maxa Besin, die infolge einer Jüngerstipulation erst gegen Schluß der Versammlung eintraf. Es soll bei den Ausführungen des Referenten zu lebhaften Unterbrechungen durch die im Saal anwesenden Vertreter der Hamburger Gruppe und der Kandidatinnen gekommen sein. Zum Schluß wurde Kunge die Hoffnung ausgesprochen, daß die Spaltung in der kommunistischen Partei sich werde beseitigen lassen und daß es gelingen werde, den linken Flügel der U. S. P. D. ins kommunistische Lager hinüberzuführen. Maxa Besin, die danach kurz sprach, wurde lebhaft begrüßt.

Friedhofsgesetze der Kirchengemeinden.

Die Kirchengemeinden haben ihre eigenen Gesetze. Sie, die vom Staat subventioniert werden, sie herrschen auf ihren Friedhöfen unumschränkt. Jeder, der den kirchlichen Friedhof benutzen will, muß sich dem Diktum der kirchengewaltigen unterwerfen. Wie die Friedhofsgesetze aussehen, dafür folgendes Beispiel. Ein Arbeiter mußte für sein verstorbenes 5 Monate altes Kind eine Grabstätte besorgen. Zu diesem Zweck bezog er sich zum Küster der Markus-Gemeinde und fragte, ob er das Kind, das er von dem Friedhofe abgeholt hatte, auf dem großen Friedhofe der Marktgemeinde in Hohenstaufenhausen beisetzen könnte. Das wurde bejaht, aber Bedingung sei, daß ein Pastor genommen werden müsse. „Nach der Erklärung“, so schreibt uns der Arbeiter, „daß ich keinen Pastor brauche, stellte mir der Küster anheim, daß die Sache für ihn erledigt wäre. Er ließ mich stehen, nahm auch kein Geld und sagte, erst müßte ich einen Pastor haben. Nichtsahnend ging ich zum Strohändler und mußte erfahren, daß er schon von meinem Gespräch mit dem Küster informiert war, und er verlangte erst eine Wechseltung vom Pastor. Nicht in meinem, sondern im Interesse meines toten Kindes, um dasselbe so schnell wie möglich unter die Erde zu bringen, nahm ich den Pastor. Ich mußte dem Herrn eine Traufliste stellen und noch seine Rede am Grabe des Kindes bezahlen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 270 Mark. Das ist doch wirklich haarsträubend, soviel Geld für ein fünf Monate altes Kind! Und dann noch dem Herrn Geistlichen Drohölle und fieser Legablen, wo man sonst bei einem Kind nie einen Geistlichen braucht.“

Nach einer Auskunft des Küsters besteht in der Markus- und Andross-Gemeinde ein Beschluß des Gemeindevorstandes, wonach keine Leiche aus andern Gemeinden ohne Mitwirkung der Geistlichen beerdigt werden darf. Die Angehörigen der Gemeinden selber können ohne Geistlichenzwang unter die Erde kommen. Das ist der Rodorgeist aus allen Jahrhunderten, der uns hier entgegenströmt. Wie lange soll dieses Regiment noch dauern?

Gegen die Anschläge im Kinowesen wendete sich eine Versammlung, die gestern im Circus Busch stattfand und von dem Anschlag zur Bekämpfung der Schundliteratur und Vereinnahmung der Jugendpflege einberufen war. Es sprachen Stadtrat Sassenbach, Herr Professor Brunner, Frau Clara Rohm-Schuch, Herr Dr. Caspar u. a. Die Gefahren für die Jugend seien groß, sie müssen beseitigt werden durch Fortfall der schlechten Filme. Unserer Auffassung nach ist die Forderung des Tages die Vereinnahmung der Filmindustrie und die Kommunalisierung des Kinowesens. Dazu muß Reich und Staat alle Voraussetzungen schaffen. Die Schaffung eines Kinos in einer Gemeinde kann die Abhilfe nicht schaffen. Die Kinointeressenten beeinflussen die Bevölkerung durch ihre Melanchemie, in denen sie gegen Quarantäne in ihren privaten Interessen Sturm laufen.

